

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 4. Auflage	V
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Literaturverzeichnis	XVII
Zum Aufbau des Buches und zur Arbeit mit dem Buch	XXI

1. Teil: Staatsrecht

A. Grundrechte

I. Allgemeine Grundrechtslehren

1. Problem:

Ist ein Grundrechtsverzicht zulässig?	1
---	---

2. Problem:

Wann sind Grundrechte gem. Art. 19 III GG ihrem Wesen nach auf juristische Personen des Privatrechts anwendbar?	6
---	---

3. Problem:

Gibt es eine sog. Drittwirkung der Grundrechte?	12
---	----

4. Problem:

Ist der Staat an Grundrechte gebunden, wenn er privatrechtlich handelt? . . .	17
---	----

5. Problem:

Unter welchen Voraussetzungen liegt ein rechtfertigungsbedürftiger Grundrechtseingriff vor?	23
---	----

II. Gleichheitsrechte

6. Problem:

Welche Rechtfertigungsanforderungen stellt Art. 3 I GG?	27
---	----

7. Problem:

Gibt es eine Gleichheit im Unrecht?	34
---	----

III. Freiheitsrechte

8. Problem:

Schützt Art. 2 I GG eine allgemeine Handlungsfreiheit, die jegliches menschliche Verhalten umfasst?	38
---	----

9. Problem:

Gibt es beim allgemeinen Persönlichkeitsrecht nach Art. 2 I iVm Art. 1 I GG einen dem staatlichen Zugriff entzogenen Lebensbereich?	43
---	----

10. Problem:

Gewährt Art. 4 I, II GG ein einheitliches, vorbehaltlos gewährleistetes Grundrecht der Religionsfreiheit?	47
---	----

VII

<i>11. Problem:</i> Schützt die Meinungsäußerungsfreiheit unwahre Tatsachenbehauptungen?	53
<i>12. Problem:</i> Was ist »Kunst« iSv Art. 5 III 1, 1. Alt. GG?	57
<i>13. Problem:</i> Welche sog. »innere Verbindung« zwischen Menschen ist nötig, damit eine Versammlung iSv Art. 8 GG vorliegt?	62
<i>14. Problem:</i> Umfasst die negative Vereinigungsfreiheit nach Art. 9 I GG auch das Recht, öffentlich-rechtlichen Zwangvereinigungen fernzubleiben?	67
<i>15. Problem:</i> Was ist ein »Beruf« iSv Art. 12 I GG?	73
<i>16. Problem:</i> Bemisst sich die Prüfung der Verhältnismäßigkeit eines Eingriffs in Art. 12 I GG nach der sog. Stufentheorie?	78
<i>17. Problem:</i> Sind unter »Wohnung« in Art. 13 GG auch Betriebs- und Geschäftsräume zu verstehen?	84
<i>18. Problem:</i> Schützt Art. 14 I 1 GG ein sog. »Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb«?	89
<i>19. Problem:</i> Schützt Art. 14 I 1 GG das Vermögen als solches?	94
<i>20. Problem:</i> Schützt Art. 14 I 1 GG öffentlich-rechtliche, insbesondere sozialrechtliche Berechtigungen?	98
<i>21. Problem:</i> Wie ist in Art. 14 GG die Enteignung von der Inhalts- und Schrankenbestimmung abzugrenzen?	104
IV. Grundrechtsgleiche Rechte	
<i>22. Problem:</i> Ist Art. 33 V GG ein grundrechtsgleiches Recht?	110
B. Staatsorganisationsrecht	
I. Rechtsstaats- und Demokratieprinzip	
<i>23. Problem:</i> Inwieweit sind rückwirkende Gesetze verfassungsrechtlich zulässig?	115
<i>24. Problem:</i> Ist der Gesetzgeber verfassungsrechtlich verpflichtet, Gesetze zu begründen?	121

25. Problem: Welche Anforderungen stellt das Demokratieprinzip an die Legitimation funktionaler Selbstverwaltungstätigkeit?	126
26. Problem: Gilt im Bereich der Leistungsverwaltung der Gesetzesvorbehalt?	131
27. Problem: Gilt für Informations- und Warntätigkeit der Regierung, mit der Grundrechtseingriffe verbunden sind, der Gesetzesvorbehalt?	137
28. Problem: Welche Schranke stellt der Anspruch auf Chancengleichheit der politischen Äußerungsbefugnis staatlicher Organe?	142
29. Problem: Ist die sog. Sperrklausel in § 6 III 1, 1. Alt. BWG verfassungsgemäß?	148
30. Problem: Ist die sog. Grundmandatsklausel in § 6 III 1, 2. Alt. BWG verfassungsgemäß?	154
II. Bundesstaatsprinzip und Bundesstaatlichkeit	
31. Problem: Wird ein Land, das im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung nach Art. 85 III GG vom Bund eine inhaltlich fehlerhafte Weisung erhält, dadurch in seinen Rechten verletzt?	158
32. Problem: Welche inhaltlichen Anforderungen gelten für die sog. Abweichungsgesetzgebung nach Art. 72 III GG und welche Rechtsfolgen hat diese?	164
33. Problem: Gibt es eine verfassungsrechtliche Pflicht zur Bundestreue bzw. zu bundesfreundlichem Verhalten?	169
III. Bundesrat	
34. Problem: Inwieweit kann eine einheitliche Stimmabgabe der Bundesratsmitglieder eines Bundeslandes noch hergestellt werden – etwa auch infolge Nachfragens durch den Bundesratspräsidenten –, wenn zunächst eine uneinheitliche Stimmabgabe erfolgt ist?	174
35. Problem: Ist die Änderung eines ursprünglich zustimmungsbedürftigen Gesetzes in seinen für sich gesehen nicht zustimmungsbedürftigen Teilen zustimmungsbedürftig?	179

IV. Bundespräsident und Bundeskanzler

36. Problem:

Was sind gegenzeichnungsbedürftige »Anordnungen und Verfügungen« des Bundespräsidenten iSv Art. 58 S. 1 GG? 184

37. Problem:

Unter welchen Voraussetzungen ist der Bundeskanzler nach Art. 68 I 1 GG berechtigt, eine Vertrauensfrage mit dem Ziel zu stellen, eine Auflösung des Bundestages zu erreichen? 188

38. Problem:

Steht dem Bundespräsidenten ein materielles Prüfungsrecht vor der Gesetzesausfertigung zu? 195

C. Verfassungsprozessrecht

39. Problem:

Inwieweit erfordert der sog. Grundsatz der Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde, bei einer Rechtssatzverfassungsbeschwerde zunächst fachgerichtlichen Rechtsschutz nachzusuchen? 202

40. Problem:

Können politische Parteien Antragsteller im Organstreitverfahren sein? 209

2. Teil: Verwaltungsrecht

A. Allgemeines Verwaltungsrecht

41. Problem:

Wann ist ein Verkehrszeichen bekannt gegeben? 215

42. Problem:

Wann beginnt die Frist gem. § 48 IV 1 VwVfG bzw. gem. § 49 III 2 VwVfG für die Aufhebung eines Verwaltungsakts zu laufen? 220

43. Problem:

Ist im Rahmen des Widerspruchsverfahrens eine Verböserung des erlassenen Verwaltungsaktes rechtlich zulässig? 224

44. Problem:

Darf die Verwaltung über einen verfristeten Widerspruch noch entscheiden? .. 229

45. Problem:

Welche Kriterien gelten für die Erteilung einer strassenrechtlichen Sondernutzungserlaubnis? 233

B. Verwaltungsprozessrecht

46. Problem:

Welches ist der maßgebliche Zeitpunkt der Sach- und Rechtslage für die Beurteilung der Begründetheit einer Anfechtungsklage? 239

47. Problem: Welche ist die statthafte Klageart beim Rechtsschutz gegen Nebenbestimmungen von Verwaltungsakten?	244
48. Problem: Welchem gerichtlichen Prüfmaßstab unterliegen unbestimmte Rechtsbegriffe?	249
49. Problem: Welches sind die anerkannten Fallgruppen, bei denen das für die Zulässigkeit einer Fortsetzungsfeststellungsklage nötige Fortsetzungsfeststellungsinteresse vorliegt?	254
C. Polizei- und Ordnungsrecht	
50. Problem: Was beinhaltet das polizeiliche Schutzgut der öffentlichen Ordnung?	261
51. Problem: Unter welchen Voraussetzungen tritt eine Rechtsnachfolge in polizei- und ordnungsrechtliche Verantwortlichkeiten ein?	267
52. Problem: Nach welchen Direktiven bemisst sich die Verhaltensverantwortlichkeit eines Störers im Polizei- und Ordnungsrecht?	274
53. Problem: Welche Entscheidungskriterien gelten hinsichtlich der Störerauswahl bei Störermehrheit im Polizei- und Ordnungsrecht?	278
54. Problem: Existiert eine Polizeipflicht von Hoheitsträgern im allgemeinen Polizei- und Ordnungsrecht?	282
D. Kommunalrecht	
55. Problem: Welche zentralen Gewährleistungsgehalte beinhaltet die kommunale Selbstverwaltungsgarantie und welche Rechtfertigungsvoraussetzungen gelten bei einem Eingriff in die kommunale Selbstverwaltungsgarantie?	287
56. Problem: Wie ist verwaltungsprozessual ein Kommunalverfassungsstreit einzuordnen?	293
57. Problem: Welche Bedeutung hat die bei der Vergabe öffentlicher Subventionen und der Entscheidung über die Benutzung kommunaler öffentlicher Einrichtungen herangezogene sog. Zweistufentheorie?	298
58. Problem: Nach welchen Kriterien bemisst sich der Zulassungsanspruch zu kommunalen öffentlichen Einrichtungen, wenn eine Kapazitätserschöpfung vorliegt?	302

E. Baurecht

59. Problem:

Welche Rechtmäßigkeitsanforderungen gelten für den Erlass einer bauaufsichtlichen Baueinstellungsverfügung, Nutzungsuntersagung und Beseitigungsanordnung baulicher Anlagen?

307

60. Problem:

Unter welchen Voraussetzungen entfaltet eine Norm drittschützende Wirkung?

313